ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutsche Konjunkturperspektiven 2004/2005: nur allmähliche Belebung

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2004) : Deutsche Konjunkturperspektiven 2004/2005: nur allmähliche Belebung, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 11, Iss. 3, pp. 24-30

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169723

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutsche Konjunkturperspektiven 2004/2005: Nur allmähliche Belebung[1]

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus [2]

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft befindet sich im Aufschwung. Seit Mitte 2003 expandiert die Produktion in vielen Ländern ausgesprochen kräftig und die Kapazitätsauslastung steigt. Der Aufschwung hat mit Nordamerika und Ostasien zwei Zentren. Wie gefestigt er mittlerweile ist, zeigt sich in der deutlichen Ausweitung der Investitionen und auch darin, dass weder die jüngsten Terroranschläge noch die erneute Zuspitzung der Lage im Irak den Optimismus an den Aktienmärkten nachhaltig gedämpft haben. Die Investitionsdynamik wurde von der Geldpolitik begünstigt: Die US-Notenbank und die Bank von Japan, aber auch die Europäische Zentralbank sind seit geraumer Zeit auf expansivem Kurs. Die Fremdkapitalkosten sind, auch in realer Rechnung, weltweit niedrig. Bei alledem haben sich die Absatzperspektiven aufgehellt, nicht zuletzt in dem von der Rezession des Jahres 2001 stark betroffenen Informations- und Kommunikationssektor, wo Produktinnovationen die Nachfrage belebt haben. Nach kräftiger Expansion in der ersten Hälfte dieses Jahres wird sich der Aufschwung in den Wachstumszentren mit dem Abklingen der wirtschaftspolitischen Impulse etwas abschwächen.

Die Konjunktur im Euroraum hat sich im zweiten Halbjahr 2003 aus einer längeren Stagnationsphase gelöst. Ausschlaggebend war die Trendwende bei den Exporten. Trotz des stärkeren Euro profitierte der Außenhandel erheblich vom Aufschwung in Ostasien und in den USA sowie von der kräftigen Expansion in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern. Der Außenbeitrag nahm zu. Die Binnennachfrage blieb hingegen schwach. Zwar stieg der öffentliche Verbrauch weiterhin kräftig, die privaten Konsumausgaben expandierten im Verlauf des vergangenen Jahres aber kaum noch. Es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, dass die Konsumschwäche im Euroraum in naher Zukunft überwunden wird. Auch bei den Investitionen hat noch keine allgemeine Aufwärtsbewegung eingesetzt. Die Erholung der Konjunktur wird in den nächsten Monaten weiterhin von den Exporten getragen. Sie erhalten erhebliche Impulse vom weltweiten Aufschwung, die stärker zu Buche schlagen als die dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung. Dies dürfte auch die Ausrüstungsinvestitionen anregen, sie werden im Laufe dieses Jahres an Schwung gewinnen. Die Beschäftigung wird nur allmählich ausgedehnt, sodass die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum nur geringfügig sinkt und die Einkommensentwicklung gedrückt bleibt. Die privaten Verbrauchsausgaben werden daher auch in diesem Jahr das Sorgenkind der Konjunktur sein. Erst im kommenden Jahr dürfte sich der private Verbrauch etwas stärker beleben. Gleichzeitig werden die Exporte und die Investitionen im Zuge der Verlangsamung der Weltwirtschaft leicht an Schwung verlieren, stabilisierend wirkt hingegen das Abklingen der dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung. Das Bruttoinlandsprodukt des Euroraums wird in diesem Jahr um 1,6 % und im kommenden Jahr um 2 % zunehmen. In diesem und im nächsten Jahr wird die Inflationsrate mit 1,7 % bzw. 1,8 % mit dem Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) vereinbar sein.

Ausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft löst sich langsam aus der Stagnation. Seit Herbst vergangenen Jahres nehmen Produktion und Nachfrage wieder zu, wenn auch noch mit sehr niedrigem Tempo; dabei hat sich der Rückgang der Kapazitätsauslastung fortgesetzt, und die Beschäftigung ist weiter gesunken. Maßgeblich für den Produktionsanstieg sind zum einen die Impulse, die – trotz der drastischen Aufwertung des Euro – vom Aufschwung der Weltwirtschaft ausgehen. Zum anderen kamen mit dem Nachlassen der Unsicherheiten nicht zuletzt im Gefolge des Irak-Krieges die Anregungen aus dem expansiven Kurs der Geldpolitik mehr und mehr zum Tragen; sie stärken die Konjunktur auch im übrigen Euroraum. Erste Zeichen einer binnenwirtschaftlichen Erholung zeigen sich in Deutschland bei den Ausrüstungsinvestitionen. Der private Konsum hingegen ist nach wie vor schwach.

Im Prognosezeitraum wird sich die Wirtschaft in Deutschland weiter beleben; allerdings festigt sich die Aufwärtstendenz erst allmählich. Zunächst wirkt die starke Aufwertung des Euro noch nach, mit der Folge, dass die Dynamik der Weltkonjunktur nur gedämpft auf den

[1] *Gekürzte Fassung des „Frühjahrsgutachtens" der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Hamburg, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 8/2004, S. 3 ff.*

[2] *Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.*

Export durchschlägt. Sofern die Annahme der Institute zutrifft, dass der US-Dollar gegenüber dem Euro nicht weiter an Wert einbüßt, wird dieses Hindernis im späteren Verlauf des Jahres 2004 an Bedeutung verlieren. Die außenwirtschaftlichen Impulse werden allmählich auf die Ausrüstungsinvestitionen übergreifen; Letztere dürften trotz der Belastungen durch die Finanzpolitik spürbar an Fahrt gewinnen. Stützend wirkt dabei, dass die Geldpolitik ihren expansiven Kurs beibehält und die monetären Rahmenbedingungen günstig bleiben. Dies beeinflusst die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen im Prognosezeitraum positiv.

Eigentlich wären bei dieser Konstellation die Voraussetzungen für einen kräftigen Aufschwung gegeben. Dazu wird es aber voraussichtlich nicht kommen, vor allem weil der private Konsum lahmt. So stehen den in diesem Jahr in Kraft getretenen und für das nächste Jahr beschlossenen Entlastungen der privaten Haushalte bei der Einkommensteuer jeweils etwas stärkere Kürzungen bei Steuervergünstigungen und Transfers sowie die Anhebung administrierter Preise gegenüber. Hinzu kommt, dass sich angesichts der demographischen Entwicklung immer mehr die Notwendigkeit eines verstärkten Sparens für die Altersvorsorge abzeichnet. Die Sparquote wird daher hoch bleiben. Nach dem Hin und Her um Reformen der sozialen Sicherungssysteme dürften die privaten Haushalte zudem verunsichert sein, zumal in der Renten- und der Krankenversicherung weitere Reformen angekündigt sind und damit weiter offen ist, in welchem Umfang künftig Beitragssätze angehoben und Leistungen gekürzt werden.

Der Produktionsanstieg wird sich daher in diesem Jahr nur allmählich beschleunigen. Im kommenden Jahr wird sich das Expansionstempo nicht weiter erhöhen. Arbeitstäglich bereinigt beläuft sich der Zuwachs im Durchschnitt des Jahres 2004 auf 0,9 %, im Jahr 2005 auf 1,7 %. Im laufenden Jahr ist die Zahl der Arbeitstage überdurchschnittlich hoch. Unter Einschluss dieses Effekts ergibt sich in beiden Jahren eine Rate von 1,5 % (vgl. Tab. 1). Während sich die Institute bei der Prognose für dieses und das kommende Jahr einig sind, beurteilen sie die Perspektiven für die Zeit danach unterschiedlich. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass das Potenzialwachstum in Deutschland kontrovers eingeschätzt wird. Die Mehrheit der Institute ist hinsichtlich der mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten skeptisch; von daher erwartet sie keine so starke konjunkturelle Eigendynamik, dass unter den

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr)	0,8	0,2	– 0,1	1,5	1,5
Westdeutschland [b c]	1,0	0,2	– 0,1	1,5	1,5
Ostdeutschland [c]	0,2	0,1	0,2	1,3	1,5
Erwerbstätige [d] (1.000 Personen)	38.911	38.671	38.246	38.165	38.277
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.852	4.060	4.376	4.332	4.276
Arbeitslosenquote [e] (in %)	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Verbraucherpreise [f] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,4	1,1	1,3	1,2
Lohnstückkosten [g] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,3	0,7	0,6	– 0,5	– 0,1
Finanzierungssaldo des Staates [h]					
in Mrd. Euro	– 58,8	– 74,3	– 82,1	– 80,2	– 78,6
in % des Bruttoinlandsproduktes	– 2,8	– 3,5	– 3,9	– 3,7	– 3,5
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	1,7	45,7	46,8	64,0	67,0

a) in Preisen von 1995 – b) einschließlich Berlin – c) Rechenstand: April 2004 – d) im Inland – e) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept) – f) Verbraucherpreisindex (2000=100) – g) im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen – h) in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG '95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Deutsche Bundesbank, 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38.681	38.851	38.610	38.189	38.106	38.217
Arbeitnehmer	34.680	34.774	34.520	34.046	33.863	33.920
Selbständige	4.001	4.077	4.090	4.143	4.243	4.297
Pendlersaldo	67	60	61	57	59	60
Erwerbstätige Inland	38.748	38.911	38.671	38.246	38.165	38.277
Arbeitslose [a]	3.889	3.852	4.060	4.376	4.332	4.276
Arbeitslosenquote [b]	9,1	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Erwerbslose [c]	3.065	3.110	3.396	3.661	3.670	3.590
Erwerbslosenquote [d]	7,3	7,4	8,1	8,7	8,8	8,6
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	86	123	207	195	150	100
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	313	243	193	142	120	100
neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik [e]				59	235	262
berufliche Vollzeitweiterbildung	324	315	300	224	160	150
Westdeutschland [f]						
Erwerbstätige Inländer [g]	30.917	31.144	31.003	30.682	30.639	30.785
Arbeitslose [a]	2.380	2.320	2.498	2.753	2.750	2.702
Arbeitslosenquote [b]	7,1	6,9	7,5	8,2	8,2	8,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	59	94	162	160	125	80
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	59	53	42	30	25	20
berufliche Vollzeitweiterbildung	177	169	162	129	95	90
Ostdeutschland [f]						
Erwerbstätige Inländer [g]	7.764	7.707	7.607	7.507	7.467	7.432
Arbeitslose [a]	1.508	1.532	1.563	1.623	1.582	1.574
Arbeitslosenquote [b]	16,3	16,6	17,0	17,8	17,5	17,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	27	29	45	35	25	20
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	254	190	150	112	95	80
berufliche Vollzeitweiterbildung	148	146	138	95	65	60

a) Zum 01.01.2005 sollen Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen von HARTZ IV zusammengelegt werden. Die Einführung der Grundsicherung hat zur Folge, dass sich dann ohne Ausnahme jeder erwerbsfähige Empfänger einer bedürftigkeitsabhängigen Sozialleistung als arbeitssuchend melden muss, um finanzielle Nachteile zu vermeiden. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosigkeit zunächst geringfügig steigen wird. Allerdings kann es unter anderem aufgrund einer forcierten Vermittlung zu einem gegenläufigen Effekt kommen. Zusammengenommen könnten sich die beiden Effekte kompensieren – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) – c) Definition der ILO d Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) – e) „Kapital für Arbeit“, „Ich-AG“, Personal-Service-Agenturen, Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose, „Jump plus“ – f) Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschl. Berlin – g) Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2004

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

gegebenen Rahmenbedingungen ein Aufschwung mit Raten deutlich über 1,5 % über einen längeren Zeitraum hinweg erreicht wird. Hingegen halten das DIW und das IWH[3] dies für wahrscheinlich, auch weil sie die Unterauslastung derzeit größer einschätzen als die Mehrheit.

Mit der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion werden sich die Beschäftigungsperspektiven zwar etwas aufhellen (vgl. Tab. 2). Angesichts der nur verhaltenen konjunkturellen Expansion ist eine durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt aber noch nicht in Sicht. Immerhin dürfte sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres allmählich eine leichte Aufwärtstendenz bei der Zahl der Erwerbstätigen einstellen. Gestützt wird die Beschäftigung weiterhin von der Arbeitsmarktpolitik (Umsetzung des Hartz-Konzepts). Zu Neueinstellungen wird es vorerst vorwiegend bei Mini-Jobs und bei Teilzeitkräften kommen. Die Zahl der Ich-AGs nimmt im Jahresdurchschnitt zwar noch weiter zu; im Verlauf des Jahres wird sie aber deutlich weniger stark steigen als 2003, denn die Zahl derer, die aufgeben und wieder in die Arbeitslosigkeit zurückfallen, wird sich erhöhen. Im Jahresergebnis 2004 wird die Erwerbstätigenzahl nochmals um 80.000 zurückgehen. Im Jahre 2005 dürfte sich dann erstmals seit drei Jahren wieder ein leichter Anstieg ergeben.

Nachdem die Zahl der registrierten Arbeitslosen seit Mitte des vergangenen Jahres vor allem als Folge einer Statistikbereinigung tendenziell gesunken ist[4], dürfte ihre Entwicklung im Prognosezeitraum wieder stärker von der Konjunktur bestimmt werden. Der hier erwartete Rückgang der Arbeitslosigkeit wird allerdings deutlich hinter dem Anstieg der Beschäftigung zurückbleiben, da in konjunkturellen Erholungsphasen erfahrungsgemäß Personen aus der „Stillen Reserve“ vermehrt Arbeitsplätze nachfragen. Überdies nimmt das Angebot an Arbeitskräften wieder zu. Alles in allem wird die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2004 um 44.000 niedriger als im Vorjahr sein, dies aber allein wegen der „Herausrechnung“ der Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen u. ä. Nach der herkömmlichen statistischen Abgrenzung ergäbe sich ein Anstieg um 40.000. Für das Jahr 2005 ist ein Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 56.000 zu erwarten; die möglichen Auswirkungen der geplanten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf die Zahl der Arbeitslosen sind dabei nicht berücksichtigt.

Exkurs: Ostdeutschland

Die anhaltende Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Aktivität prägte auch die ostdeutsche Wirtschaft. Die Produktion stieg in den vergangenen beiden Jahren nur geringfügig (vgl. Tab. 1). Im verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Wertschöpfung allerdings deutlich, während sie in Westdeutschland zurückging. Im Verlauf dieses Jahres wird die anziehende Konjunktur auch auf die neuen Bundesländer übergreifen. Wegen der vorrangigen Ausrichtung auf die Inlandsmärkte gehen vom weltweiten Aufschwung direkt zwar nur vergleichsweise geringe Anregungen für die ostdeutsche Wirtschaft aus, indirekt profitiert sie gleichwohl über die Zulieferbeziehungen zu westdeutschen Exporteuren davon. Mit dem Anziehen der Nachfrage von Investoren und Verbrauchern in Deutschland wird sich auch im Ostteil die gesamtwirtschaftliche Expansion im späteren Verlauf dieses Jahres und im kommenden Jahr kräftigen. Das Plus im verarbeitenden Gewerbe wird gesamtwirtschaftlich erneut teilweise kompensiert durch die anhaltende Schrumpfung der Bautätigkeit. Allerdings werden die Vorzieheffekte infolge der gekürzten Eigenheimzulage im Prognosezeitraum den Rückgang mildern. Die Dienstleistungen werden vor allem infolge der Konsumflaute und des Bevölkerungsrückgangs nur schwach expandieren, zumal die notwendige Rückführung des nach wie vor zu großen Staatssektors die Wertschöpfung in diesem Bereich dämpft. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland in diesem Jahr mit 1,3 % etwas langsamer als in Westdeutschland ausgeweitet. Im Zuge der Belebung der Inlandsnachfrage in Deutschland dürfte das Wachstumstempo in Ostdeutschland mit dem im Westen gleichziehen.

Da der Produktionsanstieg weit unter der Beschäftigungsschwelle bleibt, wird die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland erneut sinken (vgl. Tab. 2). Zwar dürfte 2004 die Zahl der Arbeitslosen um 41.000 Personen niedriger ausfallen als im Vorjahr. Das ist jedoch größtenteils auf die Bereinigung der Arbeitslosenstatistik zurückzuführen. Auch für das Jahr 2005 ist keine Trendwende am ostdeutschen Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Erwerbstätigkeit wird nochmals abnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird trotzdem zurückgehen, insbesondere weil sich das Arbeitskräftepotenzial weiter verringert. Die Arbeitslosenquote verharrt bei 17,5 % der inländischen Erwerbspersonen.

[3] *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle (Saale) (IWH).*

[4] *So führten verstärkte Aktivierungsanstrengungen der Bundesagentur für Arbeit dazu, dass viele Arbeitslose – insbesondere solche, die keine Leistungen bezogen – aufgrund mangelnder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt oder fehlender Eigeninitiative bei der Beschäftigungssuche aus der Statistik gestrichen wurden oder aufgrund der verschärften Anforderungen erst einmal auf eine weitere Registrierung verzichteten. Zudem wurden Vorschriften geändert, um die durch das Sozialrecht induzierte Arbeitslosigkeit zu verringern. Seit Januar dieses Jahres werden zudem die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos gezählt, was für sich genommen einen Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen bedeutet (Januar 2004: 81.000).*

Die wirtschaftlichen Aussichten lassen in diesem und im kommenden Jahr keine Rückkehr Ostdeutschlands auf einen Aufholpfad erwarten. Bei der Pro-Kopf-Produktion wird zwar der Abstand zum Westen wieder etwas geringer (vgl. Tab. 3), aber nicht wegen einer stärkeren Produktionszunahme, sondern aufgrund der weiterhin divergierenden Bevölkerungsentwicklung. Während die Einwohnerzahl im Osten infolge geringer Geburtenzahlen und der Abwanderung sinkt, erhöht sie sich im Westen. Auch die Produktivitätslücke bleibt groß. Der Osten holt zwar – statistisch gesehen – auf, aber vorrangig wegen des stärkeren Rückgangs von Beschäftigung und geleisteter Arbeitszeit. Aufgrund der längeren tariflichen Arbeitszeit im Osten ist der Abstand gegenüber dem Westen bei

Tabelle 3: Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Westdeutschland = 100													
Bruttoinlandsprodukt													
nominal je Einwohner [a]	33,4	41,2	50,8	57,2	59,6	61,7	62,2	61,5	62,4	61,8	62,1	62,8	63,9
Bauinvestitionen													
nominal je Einwohner [b]	70,2	103,1	131,0	164,1	175,8	180,8	172,8	153,2	137,0	120,5	108,1	101,7	100,4
darunter													
Wohnbauten [b]	45,8	61,7	81,1	110,0	131,2	143,2	140,6	121,4	106,9	90,8	77,3	70,7	69,2
Nichtwohnbauten [b]	97,0	151,4	195,0	241,7	240,5	237,9	223,2	205,2	186,2	169,3	157,1	151,3	150,9
Investitionen in neue Ausrüst./sonst. Anlagen													
nominal je Einwohner [b]	59,6	69,0	89,0	100,5	103,7	102,3	92,7	90,6	88,3	85,0	83,3	85,1	—
Arbeitnehmerentgelt je													
Arbeitnehmer [a]	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,3	77,1	77,3	77,2	77,2	77,4
Arbeitsstd. der Arb.nehm. [a]	—	—	—	—	—	—	—	68,8	70,3	70,8	70,8	71,6	—
Arbeitsproduktivität je													
Erwerbstätigen [a c]	34,9	48,3	59,5	64,2	65,0	67,0	68,0	67,7	68,7	69,7	70,7	71,5	72,5
Arbeitsstd. der Erw.tät. [a c]	—	—	—	—	—	—	—	62,4	63,9	65,1	66,0	67,3	—
Lohnstückkosten [a d]													
Basis Personen	141,1	128,3	116,3	113,2	115,7	113,1	111,8	112,6	112,2	110,8	109,2	108,0	106,8
Basis Stunden	—	—	—	—	—	—	—	110,2	110,0	108,8	107,2	106,4	—
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr													
Bevölkerung [a]													
Ostdeutschland	—	–1,3	– 0,7	– 0,6	– 0,4	– 0,4	– 0,3	– 0,4	– 0,5	– 0,6	– 0,8	– 0,9	– 0,8
Westdeutschland	—	1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,2
Erwerbstätige (Inland) [a]													
Ostdeutschland	—	–12,4	– 2,5	2,4	1,9	– 0,7	–1,2	0,2	0,5	– 0,9	–1,4	–1,7	–1,6
Westdeutschland	—	0,8	–1,1	– 0,6	– 0,1	– 0,2	0,0	1,3	1,3	2,3	0,8	– 0,4	–1,0
Arbeitsvolumen [a]													
Ostdeutschland	—	—	—	—	—	—	—	—	– 0,8	– 2,3	– 2,4	– 2,7	—
Westdeutschland	—	—	—	—	—	—	—	—	0,8	1,3	– 0,2	– 0,8	—

a) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin – b) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer und Ostberlin, für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet – c) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen bzw. je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen – d) im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen bzw. je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; ifo Institut; Berechnungen der Institute.

der Produktivität, aber auch beim Arbeitsentgelt auf Stundenbasis größer als auf Basis der Personenzahl.

Zur Wirtschaftspolitik

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank hat die konjunkturelle Erholung im Euroraum und auch in Deutschland durch niedrige Zinsen gefördert. Wenn nun auch weltweit offenbar eine Zinswende bevorsteht, ist es richtig, dass die EZB die Zinsen beibehält, solange die wirtschaftliche Erholung im Euroraum so moderat verläuft wie sowohl von den Instituten als auch von der Notenbank prognostiziert.

Die **Finanzpolitik** steht vor der Aufgabe, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Die Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland bleibt angespannt, das Budgetdefizit hoch. Nach der Prognose der Institute wird es sowohl in diesem Jahr als auch 2005 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rund 3,5 % betragen. Damit wird die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze im kommenden Jahr zum vierten Mal in Folge überschritten. Während die Institute hinsichtlich der Notwendigkeit der Konsolidierung prinzipiell übereinstimmen, kommen sie zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen über das konkrete Vorgehen. Die Mehrheit der Institute hält es für erforderlich, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt eingehalten wird. Sie plädiert dafür, den Anstieg der Staatsausgaben enger zu begrenzen, Steuervergünstigungen weiter abzubauen und so sicher zu stellen, dass das Defizit schon im kommenden Jahr unter die 3-Prozent-Marke gesenkt wird. Der Budgetausgleich kann nicht auf unbestimmte Zeit oder auch nur auf die Jahre nach 2007 verschoben werden. Denn dann würde man bei einer möglichen Konjunkturschwäche von einem zu hohen Defizit starten; ferner müsste man, um die 3-Prozent-Marke bei der Defizitquote nicht zu überschreiten, möglicherweise hinnehmen, dass die automatischen Stabilisatoren nicht voll wirken können.[5]

Der **Arbeitsmarktpolitik** der Bundesregierung geht alles in allem in die richtige Richtung. Die in Angriff genommene Arbeitsmarktreform auf der Grundlage des Hartz-Konzepts könnte dazu beitragen, die Effizienz der Arbeitsvermittlung und die Intensität der Arbeitssuche zu erhöhen sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verringern. Auch könnte die Neuregelung der Mini-Jobs helfen, Arbeitsplätze aus der Schattenwirtschaft auf den regulären Arbeitsmarkt zurückzuverlagern. Allerdings gibt es nicht unerhebliche Mitnahme- und Verdrängungseffekte. Schwerer wiegt aber noch, dass die ergriffenen Maßnahmen nur wenig dazu geeignet sind, wesentliche Determinanten von Höhe und Struktur der Arbeitslosigkeit wie die zu geringe Wachstumsdynamik, eine hohe Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt, Qualifikationsmängel beim Arbeitsangebot und eine immer noch relativ geringe Lohnspreizung, zu beseitigen. Viele der Arbeitsmarktreformen dürften zwar das Produktionspotenzial steigern. Sie werden aber ihre volle Wirkung erst in einem Aufschwung entfalten, wenn das Potenzial mehr und mehr ausgeschöpft ist.

Die **Osterweiterung der EU** hat vielfach Befürchtungen hervorgerufen, dass deutsche Unternehmen hierdurch in noch stärkerem Maße als bisher Teile ihrer Wertschöpfungskette und damit Arbeitsplätze ins Ausland verlagern könnten. Ob durch das wachsende unternehmerische Engagement in Osteuropa per saldo Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen, lässt sich nur nach Abwägung verschiedener Faktoren sagen. Zwar wurden einerseits Arbeitsplätze durch Produktionsverlagerungen abgebaut, andererseits verbesserten kostengünstigere Vorprodukte aus dem Ausland die Wettbewerbsfähigkeit und führten über höhere Exporte zu mehr Arbeitsplätzen. Hinzu kommt, dass ausländische Investoren wesentlich zum Wachstum in den osteuropäischen Ländern beigetragen haben, was ebenfalls zu höheren deutschen Ausfuhren führte. Die positiven Effekte scheinen in Deutschland zu überwiegen. Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht allerdings in zweierlei Hinsicht: Zum einen gilt es, Verlagerungen zu vermeiden, die allein Reflex einer falschen Rahmensetzung in Deutschland sind. Dies gelingt am Besten dadurch, dass man die Wachstumsbedingungen hierzulande nachhaltig verbessert. Zum anderen sind internationale Verlagerungen mit Anpassungen in der Wirtschaftsstruktur verbunden, deren Folgen es abzumildern gilt. Eine zurückhaltende Lohnentwicklung in den betroffenen Bereichen kann dabei durchaus helfen, den Strukturwandel zeitlich zu strecken und Härten zu vermeiden, wenn dies auch nur eine defensive Reaktion sein kann.

Die **Aufbaupolitik Ostdeutschland** wird angesichts der anhaltenden Stockung im Aufholprozess sowie der hohen Abgaben zur Finanzierung der Aufbauleistungen gegen-

[5] *Das DIW Berlin und das IWH halten das von der Mehrheit geforderte zusätzliche Sparpaket zur Einhaltung der Defizitzusagen für nicht angemessen. Gerade weil die deutsche Wirtschaft im Euroraum derzeit besonders unter der konjunkturellen Schwäche leidet und die Geldpolitik nur auf die Entwicklung im Euroraum insgesamt reagieren kann, ist eine adäquate finanzpolitische Reaktion von großer Bedeutung. Aus diesem Grund schlagen die beiden Institute vor, die Konsolidierung mittelfristig durch einen verbindlichen Ausgabenpfad voranzutreiben und die Einnahmen im Rhythmus der Konjunktur schwanken zu lassen. Auf diese Weise würde in der gegenwärtigen Schwäche ein zu restriktiver Kurs vermieden. Umgekehrt wird bei einer stärkeren Belebung der Konjunktur in der Zukunft der Konsolidierungskurs gleichsam automatisch verschärft.*

wärtig kontrovers diskutiert. Im Wesentlichen geht es darum, die knappen öffentlichen Mittel dort einzusetzen, wo der größte gesamtwirtschaftliche Wachstumserfolg erzielt werden kann. Zum Teil wird deshalb gefordert, die Aufbaupolitik auf jene Regionen und Wirtschaftszweige zu konzentrieren, in denen die Wachstumspotenziale hoch sind. Diese herauszufinden, ist jedoch für den Staat schwierig und auch nicht seine Aufgabe. Vielmehr liegt dies in der Verantwortung der Unternehmen. Insofern sollte sich die Politik darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen für Unternehmen attraktiv zu gestalten und so die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Wenn der Staat dennoch im Osten selektiv vorgehen wollte, könnte er seine Politik auf Wachstumskerne ausrichten.